



Quelle: Pehrakis / Reuters

ASYL IN EUROPA

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de

A photograph showing a man in a dark jacket and pants crawling on his hands and knees on a sandy beach. In the background, three people are sitting on towels, looking towards the man. The scene is outdoors, likely on a beach, with some litter visible on the sand.

Ein Flüchtling rettet sich an die spanische Küste.

Quelle: Reuters

FLÜCHTLINGSTRAGÖDIE AUF DEM MITTELMEER STOPPEN

Kriege, Verfolgung und Vertreibung zwingen viele Menschen auf die Flucht. Tausende sterben Jahr für Jahr bei dem Versuch die Küsten Europas zu erreichen. Sie verdursten auf hoher See, erleiden Schiffbruch, ertrinken. Das Risiko, das die Flüchtlinge eingehen, spiegelt das Maß ihrer Verzweiflung. Die Flüchtlinge, die es schaffen, erwartet statt menschenwürdiger Aufnahme und Hilfe oft das schiere Gegenteil: überfüllte Auffanglager, überforderte oder ignorante Behörden, oft auch die Abschiebung.

Diese humanitäre Katastrophe direkt vor unserer Haustür ist auch Resultat europäischer Abschottungspolitik. Statt legale Möglichkeiten für die sichere Einreise von Flüchtlingen zu schaffen, errichten die europäischen Regierungen immer neue und höhere Hürden, die zunehmend auch die angrenzenden Staaten einschließen. Die Konsequenzen für die Schutzsuchenden sind fatal: Oft bleiben sie in Transitstaaten schutzlos im

rechtlosen Raum stecken, viele gehen lebensgefährliche Risiken ein, um doch noch Sicherheit in Europa zu finden. Dieser Umgang mit schutzsuchenden Menschen ist unwürdig. Europa muss daher dringend Lösungen finden, die sich an Humanität und den Menschenrechten orientieren.

Vor sieben Jahren wurde die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zur Überwachung der europäischen Außengrenzen ins Leben gerufen. Grenzangelegenheiten wurden damit zur europäischen Frage. Die EU darf sich aber nicht darauf beschränken, ihre Grenzen zu schützen. Bei allen Grenzschutzmaßnahmen muss internationales Recht strikt eingehalten werden. So müssen FRONTEX-Einsätze immer auch dem Schutz von Menschenleben dienen. Dazu gehört zwingend die humane Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen.

„Wie viele weitere Tote muss es noch geben, damit Europa endlich handelt und seine verheerende Abschottungspolitik korrigiert?“

JOSEF WINKLER MDB,
Sprecher für Flüchtlingspolitik

AUFNAHME STATT ABSCHOTTUNG

Im Mittelpunkt der europäischen Flüchtlingspolitik muss die Aufnahme von Flüchtlingen stehen, nicht die Abschottung vor ihnen. Zu einer verantwortlichen Politik gehören europaweit einheitliche Standards auf hohem Niveau zum Schutz dieser Menschen. Sie dürfen nicht im Zuständigkeitsgerangel zwischen den Staaten zerrieben werden. Auch verbietet sich die Abschiebung in Staaten, wo Flüchtlinge statt eines fairen Asylverfahrens soziales Elend erwartet. Es ist in jeder Hinsicht unannehmbar, wenn in EU-Mitgliedsstaaten Schutzsuchende monatelang auf der Straße leben müssen, ohne Unterkunft, Verpflegung und ausreichende Versorgung wie etwa medizinische Hilfe. Auch diesen Menschen stehen existenzsichernde staatliche Leistungen zu, das folgt aus dem Grundsatz der Menschenwürde. Er gilt für alle Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus in gleicher Weise.

FAIRE ASYLVERFAHREN IN GANZ EUROPA

Aus der Genfer Flüchtlingskonvention folgt zwingend, dass Schutzsuchenden ein faires Asylverfahren gewährt werden muss. Leider ist dies auch in Europa nicht immer und überall der Fall. Die europäischen Mitgliedsstaaten verfahren in der Praxis höchst unterschiedlich, vor allem die überdurchschnittlich belasteten Staaten an den EU-Außengrenzen bleiben hinter den Anforderungen zurück. Systematische Mängel beispielsweise im griechischen Asylverfahren haben Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen dokumentiert und unabhängige Gerichte bestätigt. Griechenland ist aber nur ein Beispiel für Missstände, die in einer Reihe von EU-Staaten zu finden sind. Dort ist weder der Zugang zu einem fairen und effizienten Asylverfahren gewährleistet, noch werden Verfahrensstandards durchgängig eingehalten. Aus der bitteren Erkenntnis, dass die menschenwürdige Aufnahme Schutzsuchender in der Praxis nicht gelingt, müssen wir Konsequenzen ziehen.

*Quelle: Flüchtlinge am Zaun eines überfüllten Sammellagers
auf der Insel Lesbos (Griechenland)*



BUNDESREGIERUNG TORPEDIERT BESSEREN FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Von einem europäischen Standard bei Asylverfahren, den alle Mitgliedsstaaten durchgängig einhalten und garantieren, sind wir also noch weit entfernt. Vor diesem Hintergrund setzt sich die EU-Kommission dafür ein, die einschlägigen Richtlinien der Europäischen Union – Asylverfahrensrichtlinie und Aufnahme-richtlinie – zu überarbeiten. Doch die Bundesregierung präsentiert sich in diesen Verhandlungen als Bremsen und Nörgler: Sonderregelungen wie das Schnellverfahren an Flughäfen will sie erhalten und bekämpft jegliche Verbesserung der Schutzstandards und Verfahrensregeln. Die grüne Bundestagsfraktion unterstützt dagegen die Bemühungen der Europäischen Kommission als Beitrag zur Harmonisierung der Schutznormen und Verbesserung der Schutzstandards in Europa. Wir setzen uns auch für einen wirksamen Rechtsschutz gegen Überstellungen in einen anderen europäischen Staat ein, wenn Asylsuchenden dort eine unmenschliche Behandlung droht.

VERANTWORTUNG TEILEN, FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN

Europa muss auch in der Flüchtlingspolitik Flagge zeigen, wenn es seinem Anspruch und seinen Verpflichtungen gerecht werden will. Verantwortung ernsthaft zu teilen, heißt auch, die Aufnahme von Flüchtlingen in der Europäischen Union gemeinschaftlich zu regeln. Es muss ein neuer Geist der Solidarität und Kooperation im Umgang mit schutzsuchenden Menschen hier in Europa einziehen. Und er muss den betroffenen Menschen konkrete Verbesserungen bringen. Im Sinne internationaler Solidarität und geteilter Verantwortung sollten Deutschland und Europa sich dauerhaft und verlässlich zu einer aktiven Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten verpflichten. Dazu gehört die großzügige Übernahme einer festgelegten Zahl besonders hilfsbedürftiger Flüchtlinge aus Erstzufluchtsländern (sogenanntes Resettlement), die in enger Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen verbindlich zu regeln ist.

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Josef Winkler MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender
Arbeitskreis 3: Demokratie, Recht und Gesellschaftspolitik
TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552
info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

www.gruene-bundestag.de » Flüchtlingspolitik

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 17/6347 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention –
Magna Charta des internationalen Flüchtlingsschutzes
umsetzen und fortentwickeln
- 17/7442 Situation in deutschen Abschiebungshaftanstalten
- 17/7463 Für eine wirksame und stichtagsunabhängige
gesetzliche Bleiberechtsregelung
- 17/8460 Für wirksamen Rechtsschutz im Asylverfahren

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Gestaltung: Stefan Kaminski
Stand: Februar 2012, Schutzgebühr: 0,05 €